



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 103 • Die Woche im Bundestag • 28.10.2011

In Europa mit parlamentarischer Rückenstärkung erfolgreich verhandelt

Nachdem wir in der vergangenen Woche beschlossen haben, welche Instrumente der europäische Rettungsschirm zur Erfüllung seiner Aufgaben nutzen kann, ging es in dieser Woche um die möglichst effektive Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Inzwischen liegen die Verhandlungseckpunkte für den Europäischen Rat vor, so dass wir im Anschluss an die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin im Plenum des Deutschen Bundestages diskutieren und entscheiden konnten.

Als Haushaltsgesetzgeber ist der Deutsche Bundestag in ganz besonderer Weise gefordert, wenn es um den möglichst effizienten Einsatz der von ihm bewilligten Mittel geht.

Wir wollten die Bundesregierung daher mit starker parlamentarischer Rückendeckung in die Verhandlungen nach Brüssel schicken. Die deutsche Position in Europa wird durch die Beteiligung des Bundestages nicht geschwächt, sondern gestärkt.

Das letzte Gipfel-Wochenende ist der Beleg dafür. Mit dem Votum des Bundestages hat unsere Bundeskanzlerin viel erreicht. Und richtig ist: Durch Befassung und Beschluss des Bundestages stärken wir die demokratische Legitimation der Regierungsentscheidungen in Brüssel.

Dabei ist klar, das Plenum des Deutschen Bundestages entscheidet nur in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen. Bei operativen Fragen ist der Haushaltsausschuss zuständig.

Neben der Ausschöpfung unserer Mitwirkungsrechte als Deutscher Bundestag ist es wichtig, dass wir uns in Europa mit jenen Parlamenten und Fraktionen koordinieren, die z. B. in Sachen

Geldwertstabilität und Unabhängigkeit der Zentralbank so denken wie wir.

Deswegen haben wir uns zu Beginn der Woche hier in Berlin mit unseren Freunden vom Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) getroffen.

Gemeinsam sind wir dagegen, dass der Rettungsschirm EFSF eine Banklizenz bekommt oder dass wir Schulden durch Eurobonds vergemeinschaften.

Gemeinsam sind wir für die Schaffung einer europäischen Finanzmarktsteuer mit Budget- und Lenkungsfunktion. In einem Satz: Wir wollen in die Stabilitätsunion und haben unsere Lösungsvorschläge dafür in einem gemeinsamen CDU/CSU-ÖVP-Papier festgehalten.

Christlich-liberale Koalition entlastet Kommunen.

Die Kommunen sind der vor Ort erlebbare Eckpfeiler unserer Demokratie. Damit sie ihre Aufgaben gut und nachhaltig erfüllen können, brauchen sie eine solide Finanzausstattung.

Aus diesem Grund übernimmt der Bund schrittweise die Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, das wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag verabschiedet haben, legen wir dazu die Grundlage.

Insbesondere jene Städte, Kreise und Gemeinden werden dauerhaft entlastet, die durch hohe

Sozialausgaben unter besonders drängenden finanziellen Problemen leiden.

Konkret sparen die Kommunen allein bis zum Jahr 2015 Kosten in Höhe von 12,2 Milliarden Euro. Ab 2014 werden die Grundsicherungskosten vollständig vom Bund getragen.

Daraus ergibt sich eine jährliche Entlastung von voraussichtlich rund vier Milliarden Euro. Eine einseitige und dauerhafte Kommunalentlastung in dieser Größenordnung – ohne Übertragung neuer kostenträchtiger Aufgaben und sonstiger Ausgabepflichten – ist in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig.

Mit unserer Entscheidung haben wir einen falschen Beschluss von Rot-Grün aus dem Jahr 2003 korrigiert.

Damals war die Altersgrundsicherung ohne Ausgleich auf die Kommunen übertragen worden.

Deren Kosten haben sich seither verdreifacht und betragen heute circa 3,9 Milliarden Euro jährlich.

Positives Bild der Globalisierung

Nach einer aktuellen infas-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung verbinden 64% der Deutschen mit der Globalisierung etwas Positives.

Zwar erkennen die Deutschen in der fortschreitenden Internationalisierung aller Beziehungen auch eine Reihe von Risiken, jedoch wird deren Einfluss auf die persönliche Situation als relativ gering bewertet.

So sind nur 25% der Befragten der Auffassung, dass ihre soziale Absicherung ohne Globalisierung besser wäre. An eine geringere Arbeitsbelastung glauben nur 22% und an ein höheres Einkommen 15%. Dass ohne Globalisierung der Arbeitsplatz sicherer wäre, nehmen lediglich 14% an.

Demgegenüber messen die Bürger dem Einfluss der Globalisierung auf die Situation Deutschlands ein stärkeres Gewicht zu. So meinen 55%, dass das Wirtschaftswachstum ohne internationale Verflechtung geringer ausfallen würde.

Weitere 50% glauben an eine niedrigere Staatsverschuldung, 41% an geringere Einkommensunterschiede. 37% sind der Meinung, dass Armut und Arbeitslosigkeiten geringer wären.

Nach den negativen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses gefragt, wurde insbesondere der Bereich „Umwelt und Klima“ genannt.

43% glauben, dass ohne Globalisierung die Umweltverschmutzung geringer ausfallen würde und 37% gehen von einem langsamerem Vorschreiten des Klimawandels aus.

Positiv hingegen schätzen die Bürger die Effekte auf die weltweite Armutsbekämpfung ein.

(Quelle: Bertelsmann-Stiftung)

Deutschland ist beliebtes Reiseziel

Deutschland wird bei Urlaubern aus aller Welt als Reiseziel immer attraktiver.

So war nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Januar bis August ein Zuwachs bei den ausländischen Besuchern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 6% zu verzeichnen.

Insgesamt wurden mit 43,5 Millionen Übernachtungen ausländischer Gäste 2,3 Millionen mehr Übernachtungen als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres registriert.

Beim Travel & Tourism Competitiveness Index (TTCI) 2011 des World Economic Forums konnte Deutschland inzwischen Österreich überholen und belegt nun unter 139 Nationen Platz 2 hinter der Schweiz.

Ausländische Besucher schätzen laut TTCI an Deutschland insbesondere die Vielfalt und Qualität seiner Kultur.

Zudem wurden die prosperierende Medienwirtschaft, die Anzahl wichtiger internationaler Messen und Ausstellungen, die Umweltschutzbemühungen und die sehr gute Infrastruktur gelobt.

(Quellen: Statistisches Bundesamt und Travel & Tourism Competitiveness Index)